

Berner Politik

Mit der Schrotflinte ...

Magdalena Martullo*

über die Coronapolitik
des Bundesrates



Seit Februar ist das Virus hier. Der Bund erklärte im März die ausserordentliche Lage und verschrieb sechs Wochen «Bleiben Sie zu Hause». Die SVP forderte

Schutzmassnahmen für Gefährdete und Grenzkontrollen. Masken waren «genügend vorhanden», aber nirgends erhältlich. Im April charterte Ems-Chemie Flugzeuge und versorgte Gewerbe, Coiffeure, Detailhandel, Altersheime und Spitäler. Die Zahlen sanken. Der sorglose Umgang im Sommer liess die Infektionen wieder steigen. Die Kantone erhielten die Selbstbestimmung zurück. Das Pandemiegesetz erlaubt dem Bund, selber zu bestimmen, wenn er die Kantone vorher befragt. Anfang Oktober erreichten die Infektionen den bisherigen Höchststand, seither sinken die Zahlen.

Die besonders betroffenen welschen Kantone verfügten strengere Massnahmen. Bundesrat Berset knüttelte sie und verlangte Zusatzmassnahmen, um das Zepter wieder

an sich zu reissen und die Kantone zu übersteuern. Jetzt berief er sich auf das Pandemiegesetz. Zwar kam ein Referendum zustande, bis zur Abstimmung dauert es aber. Er könne sich ja auf das Notrecht der Verfassung berufen, meint der Bundesrat. Dieses ist im Katastrophenfall durchaus sinnvoll. So schaltet und waltet der Bundesrat seither ohne Parlament, Kantone und Volk. Alle waren gegen die strengen Massnahmen und wurden ignoriert. Ein Lösungskonzept wurde nie vorgestellt. Natürlich, es gibt ja keines!

Ab November fokussierte sich der Bundesrat auf Schliessungen in Nachbarländern. Im Wochentakt befragte Bundesrat Berset die Kantone dazu. Intensiv bekämpfen Kantone und SVP den Lockdown, der weder nötig noch sinnvoll ist und unglaublichen Schaden mit sich bringt. Medienauftritte, parteiübergreifende Allianzen, Fakten und Schutzkonzepte erreichten nur eine Verzögerung. Der Bundesrat aber rückte jede Woche näher an den Lockdown. Die Wirkung der Massnahmen wartet man nie ab, gefährdete Personen werden noch immer nicht geschützt. Man sperrt die Gesunden ein, damit eine kleine Zahl Gefährdeter nicht krank wird. Neuansteckungen, Erkrankungen, Spitaleinweisungen und Todesfälle sinken laufend. Derweil werden dem Volk immer neue Schreckensszena-

rien vor Augen geführt: Überlastete Spitäler (was nie der Fall war), der R-Wert sei entscheidend (was sich als falsch herausstellte), die Festtage brächten mehr Ansteckungen (was nicht eintraf) und nun sind es die Mutationen (die die Anzahl Infektionen trotzdem sinken lassen). Man handle eben vorausschauend! Was will man da sagen? Die einzigen Kompetenzen, die den Kantonen geblieben sind, sind Skipisten, Hotels und Schulen. Mit den Altersheimen lässt man sie nach wie vor allein. Das Vertrauen in den Bundesrat ist bei der Bevölkerung verloren gegangen. Mit falschen Aussagen vertuscht er Probleme, statt sie zu lösen. Das kommt schlecht an! Die Folge? Psychische Probleme, Gewalt in der Familie, hohe Suizidraten, Existenzängste.

In Bern bleibt uns nur noch, für Spezial-

privilegien für den Kanton Graubünden zu kämpfen. Trotz horrender Beträge reichen die Entschädigungen hinten und vorne nicht. Der Staat kann eine florierende Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben nie ersetzen! Ein diktatorischer Staat, der sich über Demokratie und Föderalismus hinwegsetzt, ist immer dem Untergang geweiht. Vertrauen wir deshalb: Alles wird sich lösen, alles wird (wieder) gut!

* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin.